

Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat 1999-2005

Präsentation der im Auftrag der Parlamentsdienste verfassten Studie des Instituts für Politikwissenschaft (IPW) der Universität Bern (Bern, 17. Oktober 2006)

Einleitung der Präsentation durch den Nationalratspräsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren

Als ich am 28. November 2005 das Amt des Präsidenten des Nationalrates antreten durfte, habe ich in meiner Antrittsrede einige Gedanken zur Funktionsweise des Rates geäussert: Ich habe festgestellt, dass zwar meist, aber zum Glück nicht immer nach Blöcken abgestimmt wird. Dabei habe ich die Bedeutung des Instruktionsverbots gemäss Artikel 161 der Bundesverfassung in Erinnerung gerufen, wonach die Mitglieder der Bundesversammlung ohne Weisung zu stimmen haben. Dieser vorbehaltenen Freiheit und Unabhängigkeit kommt vor allem beim Bemühen, in unserer Konkordanzdemokratie zu tragfähigen Lösungen zu kommen, Bedeutung zu: Unser System lebt von wechselnden Mehrheiten, je nach anstehendem Gesetzesprojekt.

Nun fast ein Jahr später, gegen Ende meiner Amtszeit darf ich Ihnen eine wissenschaftliche Studie präsentieren, welche meine Beobachtungen quasi wissenschaftlich untermauert und gängigen Schlagworten wie der „Polarisierung der Politik“ oder gar der „Blockierung der Politik“ widerspricht.

Die vorliegende Studie wurde von den Parlamentsdiensten in Auftrag gegeben und untersucht auf der Basis der Analyse der Abstimmungen die Mehrheits- und Koalitionsbildung im Nationalrat zwischen November 1999 und Oktober 2005.

Warum wurde eine Studie zu diesem Thema durchgeführt?

Nicht zuletzt die Wahlen in den Bundesrat im Jahre 2003 haben die Diskussion über das politische System angeregt. Dies ist sehr zu begrüßen. Allerdings ist aus Parlamentssicht festzustellen, dass die Diskussion häufig auf die Regierung fokussiert. Ob aller Diskussion, ob wir noch einen konkordanzfähigen Bundesrat haben, geht vergessen, dass Konkordanzpolitik vor allem im Parlament stattfindet. Tragfähige Mehrheiten, welche auch referendumsfähig sind, müssen schliesslich im Parlament gefunden werden. Die vorliegende Studie zeigt auf, wie solche Mehrheiten im Parlament zustande kommen. Somit leistet die Studie einen Beitrag zur aktuellen Systemdiskussion aus der Sicht des Parlamentes und trägt hoffentlich zum Verständnis des schweizerischen Konkordanzsystems bei.

Welches sind denn die wichtigsten Ergebnisse der Studie?

Diese werden Ihnen anschliessend vom Projektleiter und vom Autor der Studie präsentiert werden. Als besondere augenfällige Punkte möchte ich vorneweg festhalten:

1. Während in der Öffentlichkeit häufig von einer polarisierten und blockierten Politik, die von den politischen Polen dominiert wird, die Rede ist, werden im Parlament Mehrheiten gefunden, die keineswegs von den Polen dominiert werden.
2. Parlamentspolitik bedeutet vor allem auch Politik der Mitte: sie ist bei den sich bildenden wechselnden Mehrheiten meistens auf der Siegerseite.
3. Wahlerfolg allein genügt nicht: man muss Partner im Parlament suchen, um Erfolg zu haben: Die SVP steht heute fast doppelt so häufig alleine – und somit erfolglos – da als noch in der 45. Legislatur.

Die Studie erfolgte im Rahmen einer bereits mehr als 10jährigen fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsdiensten und des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern. Die empirische Parlamentsforschung wurde in der Schweiz lange Zeit vernachlässigt. Die Rolle des Parlamentes im schweizerischen Entscheidungsprozess war bis in die 90er Jahre schlecht erforscht und die nicht-empirische

Literatur war zum Teil dominiert von Vorurteilen eines wirkungslosen Parlamentes. Darum finanzieren die Parlamentsdienste seit 1993 eine halbe Assistenzstelle am Institut für Politikwissenschaft. Seither wurden verschiedene empirische Studien zu aktuellen Fragen getätigt (Einfluss der Bundesversammlung auf die Gesetzgebung; Berücksichtigung der Interessen der Kantone durch die eidg. Räte, Professionalisierung der Bundesversammlung im internationalen Vergleich).

Wie die bereits vorangehenden Studien soll auch die vorliegende einen Beitrag leisten zu einem sachlichen, von empirischen Kenntnissen genährten Diskurs über das Funktionieren des schweizerischen Parlamentes und des schweizerischen politischen Systems.